

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003952/2025**  
**an die Kommission**  
Artikel 144 der Geschäftsordnung  
**Joachim Streit (Renew)**

Betrifft: Einfluss von KI auf die Meinungsfreiheit

Künstliche Intelligenz wird weiterentwickelt, und Russland und China destabilisieren mit ihrer Hilfe europäische Demokratien.

Mit Deepfakes werden vermehrt auch politisch aktive Personen in Skandale verwickelt. So trat im Mai 2023 ein Kandidat der türkischen Präsidentschaftswahl zurück, nachdem er durch deepfake-generierte pornografische Inhalte diskreditiert worden war. Mit KI-gestützten visuellen Beiträgen, die gezielt zur Diffamierung politisch engagierter Menschen erstellt werden, können Wahlergebnisse unmittelbar beeinflusst und kann mittelbar das Verhalten politisch Aktiver verändert werden. Das stellt eine ernsthafte Verletzung der Meinungsfreiheit dar.

In Deutschland wird die Deepfake-Technologie bislang vor allem für Betrugs- oder pornografische Zwecke eingesetzt, doch auch politische Deepfakes nehmen zu. Es ist kaum zu vermeiden, dass mit ihnen künftig das politische Verhalten beeinflusst wird.

Das Recht auf Meinungsfreiheit ist in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert.

1. Plant die Kommission konkrete legislative Maßnahmen, um der neuen Bedrohung der Meinungsfreiheit durch KI zu begegnen?
2. Soll das Instrumentarium gegen ausländische Informationsmanipulation und Einmischung (FIMI), das Teil des Aktionsplans für Demokratie in Europa ist und mit dem Desinformation – darunter auch KI-generierte Deepfakes – durch ausländische Akteure bekämpft werden soll, von einem deskriptiven Projekt zu einem Modell für den realen Betrieb ausgebaut werden?

Eingang: 8.10.2025